

## **NIEDERSCHRIFT**

### über die **45.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XV. Wahlperiode)

#### **öffentlicher Teil**

Tag der Sitzung: **30.04.2014**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss  
Besprechungsraum 2 (2. Etage)  
Oberstraße 91, 41460 Neuss  
(Tel. 02131/928-2100)  
Beginn der Sitzung: 15:10 Uhr  
Ende der Sitzung: 17:40 Uhr  
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

#### **Sitzungsteilnehmer:**

##### **• Vorsitzender**

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

##### **• CDU-Fraktion**

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Frau Irmintrud Berger ab 15.15 Uhr
4. Herr Heijo Drießen Vertretung für Herrn Dr. Christian Will
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Herr Franz-Josef Radmacher
7. Herr Dieter Welsink
8. Herr Thomas Welter Vertretung für Herrn Karl-Heinz Ehms

##### **• SPD-Fraktion**

9. Herr Horst Fischer
10. Herr Stephan Ingenhoven bis 17.20 Uhr
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel MdL bis 17.35 Uhr

- **FDP-Fraktion**

13. Herr Walter Boestfleisch
14. Herr Bijan Djir-Sarai

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

15. Herr Erhard Demmer
16. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

18. Herr Dezernent Ingolf Graul
19. Herr Günter Hassels
20. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
21. Herr Harald Vieten
22. Frau Heike Bongers
23. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
24. Herr Marcus Temburg

- **Schriftführerin**

25. Frau Annika Böhm

---

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse .....	4
2.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 13.02.2014.....	4
2.2.	Finanzausschuss vom 11.03.2014 .....	5
2.3.	Rettungsausschuss vom 25.02.2014.....	5
2.4.	Planungs- und Umweltausschuss vom 01.04.2014.....	5
2.5.	Partnerschaftskomitee vom 10.04.2014 .....	5
3.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum März/April 2014 Vorlage: 61/3169/XV/2014 .....	6
3.1.	Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema "Braunkohle" vom 07.04.2014 Vorlage: 010/3163/XV/2014 .....	6
4.	Bericht zur Regionalarbeit, Berichtszeitraum März/April 2014 Vorlage: 61/3162/XV/2014 .....	9
5.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand April 2014 Vorlage: ZS5/3171/XV/2014 .....	10
6.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/3181/XV/2014 .....	10
7.	Gewährung von Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen - Bewilligungen 2013 - Vorlage: 20/3161/XV/2014 .....	10
8.	Anträge .....	10
9.	Mitteilungen.....	11
10.	Anfragen .....	11
10.1.	Anfrage der CDU-Kreistagfraktion zum Thema "Barrierefreiheit der Bahnhöfe der Deutschen Bahn im Bereich des Rhein-Kreises Neuss" vom 23.04.2014 und Stellungnahme der Verwaltung Vorlage: 61/3204/XV/2014 .....	11

## 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

### Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Er teilte mit, dass zusätzlich die Niederschrift des Partnerschaftskomitees zur Bestätigung vorgelegt worden sei.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu Top 2: Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	- Niederschrift Partnerschaftskomitee vom 10.04.2014
Zu Top 3.1: Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema Braunkohle	- Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ☒
Zu Top 10: Anfragen	- Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion zum Thema "Barrierefreiheit der Bahnhöfe der Deutschen Bahn im Bereich des Rhein-Kreises Neuss" vom 23.04.2014 und Stellungnahme der Verwaltung ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

## 2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

### 2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 13.02.2014

#### Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich stellte klar, dass ihre Fraktion die ablehnenden Stellungnahmen trotz Bestätigung des Protokolls aufrecht erhalte.

#### **KA/20140430/Ö2.1**

#### Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 13.02.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### Abstimmungsergebnis:

einstimmig

## 2.2. Finanzausschuss vom 11.03.2014

### KA/20140430/Ö2.2

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 11.03.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## 2.3. Rettungsausschuss vom 25.02.2014

#### **Protokoll:**

Unter Bezugnahme auf Äußerungen eines Kreistagsabgeordneten in der Presse stellte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke klar, dass das Thema „eigener Rettungswagen für Rommerskirchen“ nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Man sei derzeit dabei den Rettungsplan zu überarbeiten. Derzeit seien im Kreisgebiet 16 Rettungswagen im Einsatz (ca. 1 RTW je 28.000 Ew.)

### KA/20140430/Ö2.3

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Rettungsausschusses vom 25.02.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## 2.4. Planungs- und Umweltausschuss vom 01.04.2014

### KA/20140430/Ö2.4

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses vom 01.04.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## 2.5. Partnerschaftskomitee vom 10.04.2014

#### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Franz-Josef Radmacher berichtete von der Dienstreise des Partnerschaftskomitee nach Polen.

Kreistagsabgeordneter Walter Boestfleisch bat darum, dass die Statue keine einseitige

Sache bleiben sollte. Auch im Rhein-Kreis Neuss sollte die Partnerschaft nach Außen dokumentiert werden. In finanzieller Hinsicht sei eine private Beteiligung der Kreistagsabgeordneten denkbar.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich äußerte sich zur Veranstaltung anlässlich des Gegenbesuchs im September. Sie halte es für wichtig, den Einladungskreis zu erweitern und auch Schulen und Krankenhäuser zu beteiligen. Das Programm sollte dementsprechend breit aufgestellt werden.

Mit der genauen Planung werde sich das Partnerschaftskomitee noch befassen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Dr. Gert Ammermann führte er aus, dass in Polen die Bindung an den Westen Europas sehr ausgeprägt sei.

1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose regte an, der Begegnung im September eine zukunftsgerichtete Tendenz zu geben.

### **KA/20140430/Ö2.5**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Partnerschaftskomitees vom 10.04.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **3. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum März/April 2014 Vorlage: 61/3169/XV/2014**

### **KA/20140430/Ö3**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft März/April 2014 zur Kenntnis.

### **3.1. Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema "Braunkohle" vom 07.04.2014 Vorlage: 010/3163/XV/2014**

#### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass als Tischvorlage ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Änderung/Ergänzung der Resolution vorliege. Er teilte außerdem mit, dass der Braunkohleausschuss am 28.04.2014 die Voraussetzungen für den 3. Umsiedlungsabschnitt beschlossen habe.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel teilte mit, dass der Braunkohleausschuss für das Projekt „Rheinleitung“ (Dormagen – Restsee) einen Arbeitskreis gegründet habe. Er sei dort stellvertretender Vorsitzender, was durchaus positiv für die Region sei.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erläuterte den Antrag der CDU und FDP Fraktionen auf Verabschiedung einer Resolution zum Tagebau Garzweiler II. Die Erklärung der Landesregierung bedrohe zahlreiche Arbeitsplätze, Investitionen und Planungen. Die Entscheidung der Landesregierung habe keinen Sachbezug und sei daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich. Der Rhein-Kreis Neuss sollte ein deutliches Signal senden, dass der Kreis und die gesamte Region auf eine sichere und bezahlbare heimische Energieversorgung angewiesen sei. Die Braunkohle müsse daher auch weiter vorgehalten werden.

Auch Kreistagsabgeordneter Bijan Djir-Sarai betonte die Bedeutung der Braunkohle für die Region und als Brückentechnologie bei der Energiewende. Die Frage der Bezahlbarkeit von Energie dürfe nicht vernachlässigt werden. Bei der Debatte im Landtag habe es ihn beeindruckt, dass Abgeordnete bei diesem Thema getrennt von ihrer Fraktion argumentiert und abgestimmt haben.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Auch er habe kritisiert, dass mit der Entscheidung zum 3. Umsiedlungsabschnitt bereits Festlegungen für den 4. Umsiedlungsabschnitt getroffen werden sollten. Er stellte klar, dass es bei der Erklärung der Landesregierung zum 4. Umsiedlungsabschnitt darum gehe, die Umsiedlung einiger Orte zu vermeiden. Mit dieser Entscheidung sei keine zeitliche Begrenzung des Tagebaus verbunden. Der Rahmenbetriebsplan für Garzweiler II bestehe weiter und werde nicht in Frage gestellt. Er betonte, dass die Energieversorgung auch bei Ausparung der Teilbereiche noch sehr lange sichergestellt sei. Da der Antrag von CDU und FDP nicht mehr aktuell sei, bat er um Änderung/Ergänzung entsprechend dem vorgelegten Antrag seiner Fraktion. Die Resolution sollte mit einem Blick nach vorne verbunden werden. Besonders wichtig sei es, auch die Bewohner von Holzweiler rechtzeitig zu beteiligen. Außerdem sollte man sich auch dafür einsetzen, dass die Kraftwerkserneuerung weiter geht.

Er begrüße generell, dass sich der Kreistag/Kreisausschuss auch mit Angelegenheiten von Bund bzw. Land beschäftigen, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Er sei jedoch sehr über die Pressemitteilung des Landrates überrascht. Sie sei nicht neutral. Außerdem stellte er fest, dass der Resolutionsentwurf von CDU und FDP seines Erachtens nach in vielen Punkten fehlerhaft sei. In der Sachverhaltsdarstellung schließe er sich weitgehend Kreistagsabgeordnetem Rainer Thiel an. Es sei erklärte Absicht der Landesregierung die Fördermenge zu reduzieren und nicht den zeitlichen Rahmen zu verkürzen. Die Braunkohle sei noch für lange Zeit gesichert. Der Änderungsantrag der SPD sei daher durchaus nachvollziehbar und tragbar.

Der Resolutionsantrag von CDU und FDP dagegen nicht. Zentraler Kritikpunkt an der Resolution sei, dass Klimaschutz und Klimapolitik vollständig fehlen. Im Koalitionsvertrag stehe, dass Effizienzsteigerungen zur Ressourcenschonung und zur CO<sub>2</sub>-Absenkung genutzt werden sollen. Seine Fraktion setze andere Schwerpunkte in den Schlussfolgerungen. Wichtig sei eine Balance der Energiewende mit den Klimaschutzziele. Auch spiele der Begriff „Heimat“ eine große Rolle.

Die Politik könne nur Rahmenbedingungen vor geben. Über die weitere Zukunft der Braunkohle entscheide letztendlich RWE. Er kritisiere schon lange, dass RWE hinter dem Strukturwandel her hinke. Der Rhein-Kreis Neuss müsse sich den Herausforderungen stellen und weiter über den Strukturwandel (mit untersch. Akzenten/ Schwerpunkten) diskutieren.

Kreistagsabgeordneter Thomas Welter wies darauf hin, dass die Erklärung der Landesregierung so gravierende Änderungen in den Grundannahmen mit sich bringe (räuml./zeitl. Ausdehnung, Sicherheitszonen, Restsee, Verkehr, Versorgung etc.), dass nach Ansicht der Kölner Regierungspräsidentin eigentlich eine Neuaufstellung des

Braunkohleplanes erforderlich sei.

Im Hinblick auf den Änderungs-/Ergänzungsantrag der SPD kritisierte Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann, dass die darin enthaltenen Absätze vier und fünf die tatsächliche Situation verharmlosen.

Aufgrund bestehenden Beratungsbedarfs unterbrach Landrat Hans- Jürgen Petraschke die Sitzung von 16.55 – 17.15 Uhr.

Anschließend verlas Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann einen abgestimmten Resolutionstext.

### **KA/20140430/Ö3.1**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt folgende Resolution:

I.

Der Rhein-Kreis Neuss ist ein Energiekreis und von der Braunkohle und dessen Förderung abhängig. Wir haben mit dem BoA-Kraftwerk in Grevenbroich-Neurath eines der modernsten und effizientesten Braunkohlekraftwerke in ganz Europa. Braunkohle ist eine Brückentechnologie für die Durchsetzung der Energiewende. Bis die erneuerbaren Energien in einigen Jahrzehnten unsere Energieversorgung decken, bedarf es moderner Kohle- und Gaskraftwerke, um Schwankungen bei den erneuerbaren Energien auszugleichen.

Durch den Einsatz modernster Technologien und den Neubau effizienter und flexibler Kraftwerke kann auch die heimische Braunkohle bei der Umsetzung der Energiewende eine wichtige Rolle spielen. Als einheimische fossile Energiequelle bietet Braunkohle den Vorteil, verlässlich zur Verfügung zu stehen. Daneben ist der Braunkohletagebau und die damit verbundenen Stromerzeugung ein wichtiger Arbeitgeber im Rhein-Kreis Neuss und Rheinischen Revier sowie Auftraggeber für viele kleine und mittelständische Unternehmen in der Region. Laut Experten hängen rund 35.000 Arbeitsplätze, davon 10.300 beim RWE-Konzern, in NRW direkt oder indirekt an der Braunkohle.

Der Einsatz von Braunkohle zur Stromerzeugung ist nach Ansicht des Rhein-Kreises Neuss auch vor dem Hintergrund der Abhängigkeit von Gasimporten Deutschlands von Staaten wie Russland auf mittlere Sicht im Energiemix unverzichtbar. Unser Ziel ist eine sichere und bezahlbare Energieversorgung vor Ort zu gewährleisten. Daneben gilt es im Rhein-Kreis Neuss auch die Chancen zu nutzen, die Braunkohle als Rohstofflieferant für die chemische Industrie bietet. Durch den Ausbau der regenerativen Energieträger stehen in Zukunft hierfür immer mehr Braunkohleressourcen zur Verfügung. Der Rhein-Kreis Neuss fordert die rot-grüne Landesregierung daher auf, sich für die heimische Braunkohle als Brückentechnologie zur Durchsetzung der Energiewende sowie Rohstofflieferant für die chemische Industrie einzusetzen.

II.

Der Rhein-Kreis Neuss begrüßt, dass das Land die energiepolitische Notwendigkeit für den jetzt anstehenden 3. Umsiedlungsabschnitt „Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath“ dargelegt und dem Braunkohleausschuss vorgelegt hat. Der Rhein-Kreis Neuss unterstützt eine entsprechende Beschlussfassung zur Umsiedlung der genannten Ortschaften im Braunkohleausschuss.

Damit wird für das Unternehmen RWE sowie den Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen Ortschaften der nächste notwendige Schritt zur Fortführung des Tagesbaus Garzweiler II verbindlich gemacht.

III.

Der Rhein-Kreis Neuss erwartet, dass die Landesregierung auch den vierten Bauabschnitt als notwendig betrachtet und damit klarstellt, dass auch nach 2030 der Tagebau Garzweiler II weitergeht.

Die Landesregierung hat angekündigt, bis Mitte 2015 eine neue Leitentscheidung für den Weiterbetrieb von Garzweiler II über den dritten Abschnitt hinaus zu erarbeiten.

- Der Rhein-Kreis Neuss erwartet, dass dabei alle Betroffenen in einem transparenten Dialogprozess rechtzeitig einbezogen werden – RWE Power, die Betriebsräte und die IG BCE, die regionale Politik und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.
- Bevor über eine Rückführung der Braunkohleverstromung als einzige heimische und wettbewerbsfähige Energiequelle diskutiert werden kann, müssen tragbare konkrete Lösungen für Energiespeicherung und Netzausbau vorhanden sein.
- Wir brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger und für unsere Industrie. Das ist gerade auch für den Rhein-Kreis Neuss von besonderer Bedeutung.
- Der Rhein-Kreis Neuss begrüßt die Absicht der Landesregierung, den Strukturwandel im rheinischen Revier schon jetzt gemeinsam mit den Akteuren in der Region zu gestalten. Die „Innovationsregion Rheinisches Revier“ soll zu einer Modellregion entwickelt werden, um die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Stärken zu sichern und auszubauen. Dazu erwarten wir konkrete Projektunterstützung und vorrangige Förderung.

**Abstimmungsergebnis:**

15 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, UWG/Die Aktive, LR)

2 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen)

**4. Bericht zur Regionalarbeit, Berichtszeitraum März/April 2014**

**Vorlage: 61/3162/XV/2014**

**Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Landesregierung einen Gesetzesentwurf zum RVR-Gesetz auf den Weg gebracht habe, zu dem sich auch der Kreis noch positionieren müsse.

**KA/20140430/Ö4**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit zur Kenntnis.

**5. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand April 2014**  
**Vorlage: ZS5/3171/XV/2014**

**Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Zahl der Arbeitssuchenden Ende April bundesweit auf unter 3 Mio. gesunken sei. Dies sei die beste Zahl seit 22 Jahren. Im Rhein-Kreis Neuss sei die Quote auf 6,6 % gesunken.

Außerdem teilte er mit, dass Hydro angekündigt habe, auch in Neuss für 45 Mio. Euro zu investieren – dort für eine neue Recycling Anlage.

**KA/20140430/Ö5**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand April 2014, zur Kenntnis.

**6. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**

**Vorlage: 50/3181/XV/2014**

**Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die vorgelegten Zahlen hin.

**7. Gewährung von Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen - Bewilligungen 2013 -**

**Vorlage: 20/3161/XV/2014**

**Protokoll:**

Insgesamt seien in 2013 136.000 Euro an Rückflüssen eingegangen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

**KA/20140430/Ö7**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Aufstellung der 2013 bewilligten Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen zur Kenntnis

**8. Anträge**

**Protokoll:**

Anträge wurden nicht gestellt.

---

## 9. Mitteilungen

### Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Sitzung des Personalausschusses am 14.05.2014 ausfalle.

## 10. Anfragen

### 10.1. Anfrage der CDU-Kreistagfraktion zum Thema "Barrierefreiheit der Bahnhöfe der Deutschen Bahn im Bereich des Rhein-Kreises Neuss" vom 23.04.2014 und Stellungnahme der Verwaltung Vorlage: 61/3204/XV/2014

### Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die vorgelegte Anfrage und die Antwort der Verwaltung hin.

1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose machte darauf aufmerksam, dass die Situation der Bahnhöfe sehr unterschiedlich sei. Insbesondere Jüchen-Hochneukirch sei in einem schlechten Zustand. Man sollte daher bei jeder Möglichkeit erklären, dass man den Zustand nicht hinnehmen werde. Bei der Umgestaltung der Bahnhöfe in Korschenbroich habe sich der Einsatz gelohnt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 17:35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



**Hans-Jürgen Petrauschke**  
Landrat



**Annika Böhm**  
Schriftführung



# Tischvorlage

**Sitzungsvorlage-Nr. 010/3205/XV/2014**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Kreisausschuss</b>	30.04.2014	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:**

**Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Resolutionsantrag von CDU und FDP zum Thema "Braunkohle"**

**Anlagen:**  
Antrag SPD



An den  
Landrat des Rhein-Kreises  
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke  
Kreisverwaltung

41460 Neuss

24. April 2014

### **Resolution für die Sitzung des Kreisausschusses am 30. April 2014**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD im Kreistag beantragt die Resolution von CDU + FDP zu ergänzen und den letzten Abschnitt ab „Zudem fordert der Rhein-Kreis Neuss.....“ durch das Folgende zu ersetzen:

Der Rhein-Kreis Neuss begrüßt, dass das Land die energiepolitische Notwendigkeit für den jetzt anstehenden 3. Umsiedlungsabschnitt „Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath“ dargelegt und dem Braunkohleausschuss vorgelegt hat. Der Rhein-Kreis Neuss unterstützt eine entsprechende Beschlussfassung zur Umsiedlung der genannten Ortschaften im Braunkohleausschuss.

Damit wird für das Unternehmen RWE sowie den Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen Ortschaften der nächste notwendige Schritt zur Fortführung des Tagesbaus Garzweiler II verbindlich gemacht.

Ebenfalls begrüßt der Rhein-Kreis Neuss, dass die Landesregierung auch den vierten Bauabschnitt als notwendig betrachtet und damit klargestellt hat, dass auch nach 2030 der Tagebau Garzweiler II weitergeht.

Die Landesregierung hat angekündigt, bis Mitte 2015 eine neue Leitentscheidung für den Weiterbetrieb von Garzweiler II über den dritten Abschnitt hinaus zu erarbeiten. Politisches Ziel der Landesregierung ist dabei, die Umsiedlung des Ortskerns von Holzweiler und Dackweiler vermeiden zu können.

- Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss erwartet, dass alle Betroffenen in einem transparenten Dialogprozess rechtzeitig einbezogen werden – RWE Power, die

Betriebsräte und die IGBCE, die regionale Politik und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

- Bevor über eine Rückführung der Braunkohleverstromung als einzige heimische und wettbewerbsfähige Energiequelle diskutiert werden kann, müssen tragbare konkrete Lösungen für Energiespeicherung und Netzausbau vorhanden sein.
- Wir brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger und für unsere Industrie. Das ist gerade auch für den Rhein-Kreis Neuss von besonderer Bedeutung.
- Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss begrüßt die Absicht der Landesregierung, den Strukturwandel im rheinischen Revier schon jetzt gemeinsam mit den Akteuren in der Region zu gestalten. Die „Innovationsregion Rheinisches Revier“ soll zu einer Modellregion entwickelt werden, um die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Stärken zu sichern und auszubauen. Dazu erwarten wir konkrete Projektunterstützung und vorrangige Förderung.

Begründung:

Unsere Ergänzung bezieht Entwicklungen ein, die zum Zeitpunkt des Resolutionsentwurfes von CDU und FDP nicht berücksichtigt werden konnten. Zudem ist es sinnvoll, zur anstehenden Leitentscheidung zu Garzweiler II Stellung zu beziehen, ebenso zum III. Umsiedlungsabschnitt, da mit der Darstellung der energiepolitischen Notwendigkeit auch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes vom Dezember 2013 erfüllt werden. Damit ist die Rechtssicherheit und Verbindlichkeit für den nächsten notwendigen Schritt zur Fortführung des Tagesbaus Garzweiler II gegeben. Der Rhein-Kreis Neuss sollte dies auch entsprechend unterstützen.

Zudem sollte in der Resolution im Text die Bezüge auf CDU/FDP durch „Kreistag“ ersetzt werden.

Die SPD strebt an, dass möglichst alle Fraktionen im Kreistag die Resolution unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel MdL  
-Vorsitzender-

# Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 61/3204/XV/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	30.04.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der CDU-Kreistagfraktion zum Thema "Barrierefreiheit der Bahnhöfe der Deutschen Bahn im Bereich des Rhein-Kreises Neuss" vom 23.04.2014 und Stellungnahme der Verwaltung**

**Sachverhalt:**

Die o.g. Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion ist als Anlage beigefügt.

## 1. Stand der Barrierefreiheit der Bahnhöfe der DB im Rhein-Kreis Neuss

Ein barrierefreier Zugang ist an folgenden Bahnhöfen vorhanden

Bahnhof	Barrierefreier Zugang zum Bahnsteig	Keine Barrierefreiheit
Dormagen	Aufzug	
Nievenheim (Dormagen)	Rampe	
Grevenbroich	Aufzug	
Frimmersdorf		X
Gustorf		X
Kapellen	Rampe	
Hochneukirch		X
Jüchen		X
Kaarst IKEA	Rampe	
Kaarst Mitte	Rampe	
Kaarster Bahnhof	Rampe	
Kaarster See	Rampe	
Büttgen	Rampe	
Korschenbroich *		X *
Kleinenbroich *		X *
Meerbusch- Osterath *		X *
Neuss Hbf	Aufzug	
Holzheim	Rampe	

NE Rheinparkcenter		X
Neuss Allerheiligen	Rampe	
Neuss AM Kaiser		
Neuss Süd	Rampe	
Neuss Norf	Aufzug/Rampe	
Rommerskirchen **		X **

\* Modernisierung in der Umsetzung bzw. Planung. Die Bahnhöfe Korschenbroich und Kleinenbroich werden zurzeit ausgebaut. Fertigstellung ist für Herbst 2014 geplant

\*\* Aufgrund wirtschaftlicher Einsparungen bei der Umsetzung der MOF 2 wurde der Bahnhof Rommerskirchen als Nachrücker im Rahmen der Bahnhofsmodernisierungsoffensive MOF 2 benannt.

## 2. Barrierefreier Ausbau des Bahnhofs Jüchen Hochneukirchen

Sachstand:

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr hat in einem Schreiben an die Gemeinde Jüchen v. 25.02.2014 einer Verlängerung des Bewilligungszeitraumes um ein weiteres Jahr – bis zum 31.12.2016 zugestimmt.

Die DB Station& Service AG hat in ihrem Schreiben vom 06.01.2014 an die Gemeinde Jüchen erläutert, dass

- ein Einstieg in das laufende Bauprojekt der DB Netz AG nicht möglich ist, da sich das Projekt bereits in der Bauausführung befindet
- die im Rahmen der Baumaßnahmen errichteten Flächen baulich-logistisch und baurechtlich nicht die Voraussetzung für einen barrierefreien Zugang bieten,
- zurzeit sämtliche Mitarbeiter in diversen Projekten gebunden sind
- für ein solches Projekt kein Budget eingeplant wurde,
- daher einen kurzfristige und regelkonforme Bauplanung und Durchführung nicht möglich ist.

Die Gemeinde Jüchen ist nach wie vor an einer einvernehmlichen Lösung mit der DB Station Service interessiert, die auch einen barrierefreien Ausbau des Mittelbahnsteigs einschließt.

Da sich die Gemeinde Jüchen im Haushaltssicherungskonzept befindet und die Kosten der Maßnahme sowie auch die Folgekosten für den Unterhalt nicht alleine tragen kann, hat Bürgermeister Zillikens beantragt, den Bewilligungszeitraum solange zu verlängern, bis über Folgeprogramme die Gesamtfinanzierung der Maßnahmen sichergestellt werden kann.

Die Verwaltung hat den VRR AöR um einen Sachstandsbericht gebeten.

### **Anlagen:**

Anfrage CDU



**CDU**

KREISTAGSFRAKTION

im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

---

Münsterplatz 13a ■ 41460 Neuss (oder: Postfach 10 03 34 ■ 41403 Neuss) ■ Telefon 02131/21007 ■ Telefax 02131/21601  
E-Mail: [cdu.kv.neuss@t-online.de](mailto:cdu.kv.neuss@t-online.de) ■ Internet: [www.cdu-kreisneuss.de](http://www.cdu-kreisneuss.de)

An den Landrat  
des Rhein-Kreises Neuss  
Hans-Jürgen Petrauschke  
Kreishaus Neuss, Oberstraße 91  
41460 Neuss

Neuss, 23.04.2014

**Anfrage der Kreistagsabgeordneten Dr. Christian Will, Karl-Heinz Ehms, Dr. Hans-Ulrich Klose, Wolfgang Wappenschmidt und Thomas Welter an den Landrat Hans-Jürgen Petrauschke zur Sitzung des Kreisausschusses am 30. April 2014**

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

die oben genannten Kreistagsabgeordneten beantragen, dem Kreisausschuss in seiner nächsten Sitzung am 30. April 2014

1. Über den derzeitigen Stand der Barrierefreiheit der Bahnhöfe der Deutschen Bahn im Bereich des Rhein-Kreises Neuss zu berichten.
2. Von besonderer Bedeutung ist der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs Jüchen-Hochneukirch. Seit sechs Jahren wartet die Gemeinde Jüchen auf die Umsetzung der Bauphase 2 „Einrichtung eines barrierefreien Zugangs zu den Bahnsteigen“, aber die zuständige *DB Station und Service*, ein Tochterunternehmen der *Deutsche Bahn AG*, verzögert immer wieder diese dringende Sanierung des Bahnhofs Hochneukirch.

Die Gemeinde Jüchen hat aufgrund des Zuwendungsbescheides vom 12. August 2008 das Bahnhofsumfeld aufwändig saniert und eine *Bike+Ride*- sowie *Park+Ride*-Anlage mit 32 Fahrradstellplätzen und 75 Parkplätzen geschaffen. Des Weiteren wurden am Bahnhof zwei barrierefreie Bushaltestellen eingerichtet, und das unter Denkmalschutz stehende Bahnhofsgebäude saniert sowie mit einer Altenpflegetagesstätte einer sinnvollen Nutzung zugeführt. In unmittelbarer Nachbarschaft des Bahnhofsgeländes wurden vier barrierefreie Mehrfamilienhäuser errichtet. In dem ehemaligen Bahnhofsgütergebäude wurden mehrere Wohnungen geschaffen. Dadurch erhielt das Bahnhofsumfeld eine attraktive Gestaltung. Rund um das Bahnhofsgelände gibt es genügend Bauland, um weiteren mietgünstigen und barrierefreien Wohnraum herzustellen.

Der Zuwendungsbescheid vom 12. August 2008 enthält allerdings die Auflage, einen barrierefreien Zugang zu dem Mittelbahnsteig zu schaffen. Hieran ist es bisher gescheitert, weil die *Deutsche Bahn AG* beziehungsweise ihre zuständige Konzerntochter *DB Station und Service* und der *VRR* sich nicht in der Lage sahen, den zweiten Bauabschnitt



Münsterplatz 13a ■ 41460 Neuss (oder: Postfach 10 03 34 ■ 41403 Neuss) ■ Telefon 02131/21007 ■ Telefax 02131/21601  
E-Mail: [cdu.kv.neuss@t-online.de](mailto:cdu.kv.neuss@t-online.de) ■ Internet: [www.cdu-kreisneuss.de](http://www.cdu-kreisneuss.de)

umzusetzen. Das gilt selbst für die sogenannte Sparversion "*Variante!*" mit einem Investitionsvolumen von 2 Mio. Euro, bestehend aus dem

- Bau einer Rampe auf der Parkplatzeite sowie dem
- Einbau eines Aufzuges zum Mittelbahnsteig.

Aus dem ursprünglichen Bewilligungsbescheid stehen zwar noch 975.000 Euro dafür zur Verfügung, aber selbst die restlichen 1 Mio. Euro will die *DB* zur Zeit nicht einsetzen, obwohl es sich eindeutig um ihre Verpflichtung handelt, einen barrierefreien Zugang zu den Zügen zu schaffen. Die Gemeinde Jüchen, die sich im genehmigten HSK befindet, kann die Finanzierung nicht alleine leisten. Sie hat aber eine weitere Sparversion als Alternative der *DB Station und Service* und dem *VRR* vorgeschlagen, und zwar

- Bau einer Fußgängerrampe auf der Parkplatzeite,
- Installation eines einklappbaren Plattformlifts zum Mittelbahnsteig,
- Einsatz mobiler Plattformen zum Einstieg in den Zug,
- Betreuung des Treppenliftes durch den ASB.

Treppenlift und bewegliche Einstiegsplattform sollen solange eingesetzt werden, bis der Bahnsteig barrierefrei umgebaut wird. Aber selbst diese kostengünstige und finanzierbare Maßnahme wurde abgelehnt, weil die lichte Breite der vorhandenen Treppe mit dem Einbau des Treppenliftes nicht ausreicht. Es fehlen lediglich 10 Zentimeter dafür. Dieser alternative Vorschlag der Gemeinde Jüchen wäre aber sofort durchführbar und würde bis zur endgültigen Baumaßnahme durch *DB Station und Service* im Rahmen des Folgeprogramms MOF2 den Bürgern den Zugang zu den Zügen wesentlich erleichtern.

Falls bis Ende 2016 *DB Station und Service* den barrierefreien Umbau nicht realisiert, droht der Gemeinde Jüchen die Rückzahlung der *VRR*-Fördermittel einschließlich Zinsen (Kostenpunkt rund 500.000 Euro), die sie als Teilzahlung für den ersten Bauabschnitt erhalten hat.

Dieser aktuelle Sachstand ist nicht akzeptabel. Der barrierefreie Bahnzugang ist eine vorrangige Verpflichtung von *DB Station und Service*, nachdem diese Baumaßnahme mit den Beteiligten abgestimmt und schon 2006 ein entsprechender Förderantrag gestellt wurde, der 2008 auch bewilligt wurde.

Hochneukirch/ Jüchen ist mittlerweile eine stark frequentierte Station des RE 8, der zwischen Mönchengladbach über Köln nach Koblenz pendelt. Auch die RB 27, Rhein-Erft-Bahn, hält in Hochneukirch an, sodass hier in den Hauptverkehrszeiten die Züge halbstündlich halten. Die Strecke ist elektrifiziert. Zusätzlich besteht ein reger Güterfernverkehr. Seit der Fertigstellung der *P+R*-Anlage hat sich die Zahl der täglichen Nutzer nach unserer Schätzung auf über 1.000 Personen erhöht. Die Fahrgäste nutzen die schnellen Verbindungen nach Mönchengladbach, Grevenbroich und Köln sowie nach Koblenz.

**CDU**

KREISTAGSFRAKTION

im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Münsterplatz 13a ■ 41460 Neuss (oder: Postfach 10 03 34 ■ 41403 Neuss) ■ Telefon 02131/21007 ■ Telefax 02131/21601  
E-Mail: [cdu.kv.neuss@t-online.de](mailto:cdu.kv.neuss@t-online.de) ■ Internet: [www.cdu-kreisneuss.de](http://www.cdu-kreisneuss.de)

Der VRR hat sich im Februar 2014 zur Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr verpflichtet und eine entsprechende Rahmenvereinbarung mit der *Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW (LAG)* abgeschlossen. Ziel ist es, den Zugang und die Nutzung des SPNV für Menschen mit Behinderung zu realisieren. Die LAG ist ein Interessenzusammenschluss von über 120 Selbsthilfeverbänden behinderter und chronisch kranker Menschen in Nordrhein-Westfalen. Mit der Rahmenvereinbarung wollen VRR und LAG sich gezielt im Sinne der UN-Konvention für die Barrierefreiheit im SPNV einsetzen. Gleichzeitig fordert auch der VRR, dass im Rahmen eines Nachfolgeprogrammes für MOF2 mindestens 400 Mio. Euro von Bundes- und Landesebene für den Ausbau der Infrastruktur an den Haltestellen und Bahnhöfen zur Verfügung gestellt werden. Der Stationsbericht 2013 des VRR zeigt auf, dass es auf der Strecke zwischen Mönchengladbach und Grevenbroich keinen behindertengerechten Zugang zu den Zügen gibt. Diese starke Benachteiligung der Linien RE 8 und RB 27 ist ein Skandal und muss vorrangig beseitigt werden.

Wir bitten die Kreisverwaltung, die Missstände bei der *DB Station und Service* sowie beim VRR noch einmal vorzustellen und eine kurzfristig realisierbare Bau- und Finanzierungslösung vorzuschlagen. Dabei sollte auch die Alternative der Gemeinde Jüchen im Interesse der behinderten Fahrgäste berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter W. Welsink  
Vorsitzender der  
CDU-Kreistagsfraktion  
im Rhein-Kreis Neuss

Dr. Christian Will  
Kreistagsabgeordneter  
Mitglied des Aufsichtsrates VRR

